91. Beilage im Jahr 2016 zu den Sitzungsunterlagen
des XXX. Vorarlberger Landtages

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Betreff: Verwaltungsvereinfachung und Systementlastung durch Abschaffung der Kriegsopferabgabe

Bregenz, am 5.10.2016

Sehr geehrter Herr Präsident!

Es herrscht fraktionsübergreifend Einigkeit darüber, dass gerade auch bei uns im Land Vorarlberg Maßnahmen zur Verwaltungs- und Systemvereinfachung dringend notwendig sind und ohne Aufschub erarbeitet und umgesetzt werden müssen.

Aus gegebenem Anlass bringen wir als kleinen Beitrag in Richtung Verwaltungs- und Systemvereinfachung sowie als Maßnahme zur Steuer- und Abgabenentlastung den gegenständlichen Antrag (neuerlich) ein.

Über 70 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist die Anzahl der durch das Gesetz über die Einhebung einer Kriegsopferabgabe im Land Vorarlberg begünstigten Personen nur mehr relativ klein.

Die finanzielle Unterstützung der Begünstigten bedarf daher inzwischen weder einer eigenen gesetzlichen Grundlage noch eines eigenen Landeskriegsopferfonds. Vielmehr können die wenigen konkret Betroffenen mit wesentlich geringerem Aufwand aus den Mitteln der Behindertenhilfe bzw. des Sozialbudgets des Landes unterstützt werden – selbstverständlich in derselben Form und Höhe wie bisher.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Das Gesetz über die Einhebung einer Kriegsopferabgabe im Lande Vorarlberg (Kriegsopferabgabegesetz) wird aufgehoben. Der Vorarlberger Landeskriegsopferfonds wird ersatzlos aufgelöst, die im Fonds vorhandenen Mittel werden vollumfänglich in das Sozialbudget des Landes übernommen. Die bisher vom Gesetz Begünstigten werden künftig aus den Mitteln der Behindertenhilfe bzw. des Sozialbudgets des Landes in der ihnen bisher (laut Kriegsopferabgabegesetz) zustehenden Form unterstützt.“

LAbg. Dr. Sabine Scheffknecht LAbg. Mag. Martina Pointner

Der XXX. Vorarlberger Landtag hat in seiner 9. Sitzung im Jahr 2016, am 15. Dezember, den Selbständigen Antrag, Beilage 91/2016, mit den Stimmen der VP- und der FPÖ-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: SPÖ und NEOS).